

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866**

27.5.1866 (No. 124)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 27. Mai.

N. 124.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.  
Einsendungsgebühr: die gepostete Beträge oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit Entschließung aus großh. Staatsministerium vom 6. Februar d. J. auf die höchstihrem Patronat unterliegende kathol. Pfarrei Wieblingen, Dekanats Heidelberg, den Pfarrverweser Jakob Geißler in Borberg gnädigst zu ernennen geruht, und ist derselbe am 26. April d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 26. April d. J. gnädigst bewogen gefunden, den von der Gemeinde Rohrbach aus den drei ihr bezeichneten Bewerbern gewählten und präsentirten Pfarrer Dekan Konrad Niegler in Sindolsheim zum Pfarrer in Rohrbach zu ernennen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 4. Mai d. J. gnädigst bewogen gefunden, den von der Kirchspielsgemeinde Betberg aus den drei ihr bezeichneten Bewerbern gewählten und präsentirten Pfarrer Martin Werner in Freistett zum Pfarrer in Betberg zu ernennen.

Se. Excellenz der Hr. Erzbischof hat die Pfarrei Gutenstein, Dekanats Meßkirch, dem Pfarrverweser Beda Hagen von Oberschopshaus verliehen, und ist derselbe am 14. April d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Se. Excellenz der Hr. Erzbischof hat die Pfarrei Kleinsausenburg, Dekanats Wiesenthal, dem bisherigen Pfarrverweser in Wittersdorf, Leopold Fischer, verliehen, und ist derselbe am 26. April d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Dem von Sr. Durchlaucht dem Hrn. Fürsten Karl Egon von Fürstberg auf die Pfarrei Heudorf, Dekanats Meßkirch, präsentirten bisherigen Pfarrverweser von Biengen, Joseph Weiß, wurde am 19. April d. J. die kirchliche Einsetzung erteilt.

Dem von Sr. Durchlaucht dem Hrn. Fürsten Karl Egon von Fürstberg auf die Pfarrei Hausach, Dekanats Erlenberg, präsentirten bisherigen Pfarrverweser von Hofweier, Joseph Keller, wurde am 26. April d. J. die kirchliche Einsetzung erteilt.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

Frankfurt, 26. Mai. Das Wagner'sche Tel. Korrespondenz-Bureau meldet: Die an eine angelegte Reise einer süddeutschen fürstlichen Persönlichkeit (Prinz Ludwig von Hessen) gethätigen Folgerungen und Nachrichten von einer „totalen Wendung der preussischen Politik“ werden von zuverlässiger Seite als unbegründet bezeichnet.

Paris, 26. Mai. (W. L. B.) Das Bulletin des Morgen-Blatts bestätigt, daß Frankreich, England und Rußland die Einberufungsschreiben zu einer Konferenz, die so bald als möglich in Paris zusammentreten soll, abgelehnt haben. Ein Bericht des Kriegsministers an den Kaiser beantragt eine Reihe von festen Plänen als solche aufzugeben oder zu d. Klassifizieren und die aus dieser Maßregel stehenden Mittel zu Befestigungsarbeiten zu verwenden, welche die hauptsächlichsten Grenzfestungen gegen die zerstörenden Wirkungen der neuen Artillerie zu schützen geeignet sind.

London, 26. Mai. Der „Times“ zufolge werden die auswärtigen Minister persönlich auf der Konferenz erscheinen. England wird die Konferenz beschließen, keineswegs gewaltsam durchzusetzen versuchen.

### Badischer Landtag.

Karlsruhe, 26. Mai. 42. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Am Regierungstisch: Der Präsident des Handelsministeriums, Staatsrath Dr. Mathy, und die Ministerialräthe Poppen und Muth, später der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey, und Geh. Referendar Cron.

Der Präsident eröffnet die Sitzung und theilt mit, daß von der hohen Ersten Kammer der Gesetzentwurf über die Abänderung des Konfiskationsgesetzes mit Bezug auf das Einstandsweisen in der von der Zweiten Kammer beschlossenen Fassung angenommen wurde.

Abg. Kirsner erhält nachträglich Genehmigung zum Druck des Berichts über die Forderung eines außerordentlichen Kredits für Einstellung von Militärpferden.

Der Tagesordnung gemäß wird die Berathung des vom Abg. Friederich erstatteten Berichts über das Budget der Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung für 1866 und 1867 fortgesetzt.

Zwei Ausführungen des Berichts bezüglich des Umbaus der Lokomotiven und Wagen wegen zu hoch gegriffener Summen erfahren von der Regierungsbank. 47 entschiedenen Widerspruch.

Abg. Schaff wünscht, daß man bei Einrichtung, besonders bei Wagen 1. und 2. Klasse, eine Vorrichtung treffe, etwa

durch Abnehmen der Lehnen, um bei Benützung der Nachzüge schlafen zu können.

Staatsrath Dr. Mathy weist aus Erfahrung, daß man schlafen kann. Dem Hrn. Vorredner scheinen nicht alle Geheimnisse unserer Wagen bekannt zu sein, Redner selbst darf sie nicht verrathen.

Abg. Schaff: Dann werde ich mir darüber ein Privatstimmum erbiten.

Abg. Haager stellt an die Regierung die Anfrage, ob sie gewillt sei, die Heizung der Wagen 3. Klasse einzuführen.

Ministerialrath Poppen: Die Verwaltung beschäftigt sich seit längerer Zeit damit, Versuche sind gemacht, haben aber noch nicht zum Ziel geführt, die Heizung selbst ist mit nicht unbedeutenden Schwierigkeiten verbunden.

Abg. Kufel richtet bei Berathung des außerordentlichen Budgets der Eisenbahnbetriebsverwaltung an die großh. Regierung den Wunsch, sich auszusprechen, ob sie beabsichtige, die Ergänzung und Erweiterung der Bahnanlagen und Gebäude, soweit diese mehr als nützlich denn als notwendig betrachtet werden können, bis zu einer künftigen und bessern Zeit aufzuschieben.

Staatsrath Dr. Mathy: Von Seiten der Regierung ist eine Anordnung getroffen, die viel weiter geht, nämlich das außerordentliche Budget gar nicht zu vollziehen; sie lebt aber der Hoffnung, daß die Verhältnisse sich so gestalten werden, daß diese Anordnung des Nichtvollzugs nur kurze Zeit einzuhalten sei, und dann werden die dringendsten Arbeiten in Angriff genommen, und auf später verschoben werden, was sich verschleppen läßt.

Abg. Kirsner stimmt insofern bei, daß damit nicht ausgedrückt sei, die gleiche günstige Lage unseres Geldmarktes, wie vor kurzem, müsse vorerst wieder eintreten sein.

Staatsrath Dr. Mathy glaubt, daß man damit nicht anfangen könne, sich wirtschaftlich zu tödten, um staatlich leben zu können.

Abg. Wenzler drückt der Regierung den Dank aus für Erbauung eines größern Güterwagens in Emmendingen. Sämmtliche Positionen werden nach Antrag der Kommission genehmigt.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Paravicini erstatteten Berichts über das außerordentliche Budget des Ministeriums des Innern und des Handelsministeriums Tit. XVII „Wasser- und Straßenbau“.

Abg. Schaff und Sachs danken im Namen der theilhaftigen Gemeinden für die Korrektur der Wachtsteige.

Die Abgg. Kirsner, Kiefer, Tritschler, Schaff, Paravicini, Heilig, Poppen, Sachs, Lenz und Altmann befürworten die Ausführung des im Budget vorgesehnen Neubaus oder der Korrektur der Straßen ihrer Bezirke.

Soweit unter den jetzigen Verhältnissen immerhin möglich, sichert die Regierung die Ausführung zu.

Die Kommission beantragt:

„Die Summe von 273,548 fl. zur vollständigen Ausführung der in vorübergehender Budgetperiode genehmigten Bauten, als auch zu erhaltende Kredite“ gutzuheißen und ebenso die unter Tit. V, Wasser- und Straßenbau, für „neue Anfordernngen“ aufgenommene Summe mit 901,730 fl. zu bewilligen.“

Abg. Achenbach stellt an die großh. Regierung die Anfrage, welches das Rechtsverhältnis bezüglich des Eigenthums über die ehemaligen Staatsstraßen sei, welche den Gemeinden überwiesen wurden?

Geh. Referendar Cron: Diese Straßen sind Buzinalstraßen wie alle andern; der Straßenkörper ist Eigenthum der Gemeinde, doch werden beinahe alle Gemeinden in deren Unterhaltung unterstützt, damit dieselben in ihrem früheren Bestand erhalten bleiben. Zugleich werden Vereinbarungen mit den betreffenden Gemeinden getroffen hinsichtlich der Ueberlassung des Grases an den Böschungen oder auch der Früchte der an den Rainen gepflanzten Obstbäume an die Straßewarten.

Abg. Paravicini gibt dem im Bericht niedergelegten Wunsche für Ausarbeitung und Vorlage eines Straßengesetzes noch mündlichen Ausdruck.

Abg. Tritschler spricht für die baldige Herstellung der Verbindungsstraßen zwischen dem Wiesenthal, der Baar und dem Schwarzwald.

Abg. Schaff stimmt bei, aber empfiehlt unter obwaltenden Umständen Geduld.

Staatsrath Dr. Mathy: Das außerordentliche Budget versetzt die Regierung stets in die entgegengesetzte Lage wie das ordentliche; dort soll sie immer mehr thun, als sie vorschlägt, hier gewöhnlich weniger. In Rücksicht auf das Straßengesetz bemerkt Redner, daß bereits 2 Versuche gemacht wurden, doch sie scheiterten. Jetzt aber lägen in dieser Beziehung die Verhältnisse etwas günstiger. Die Regierung beabsichtige, einen Entwurf auszuarbeiten, die Kreisverbände darüber zu hören und erst hernach vorzulegen.

Abg. Schaff hält hiebei für angemessen, daß derselbe zuerst an den Kreisauschuß zur eingehenden Berathung gewiesen und erst auf Grundlage dieser eine Beschlußfassung der Kreisversammlung stattfinde.

Die Kommission stellt den Antrag: a) für aufrecht zu erhaltenen Kredit 130,220 fl., b) neue Anforderung 420,000 fl., im Ganzen 550,220 fl. zu bewilligen.

Staatsrath Dr. Lamey legt nachträglich die vergleichende Darstellung der Rechnungsergebnisse der Badeanstalten mit den Budgetsätzen für 1862 und 1863, sowie das Budget der Badeanstalten für die Jahre 1866 und 1867 nebst dem bezüglichen Gesetzentwurf vor.

Schluß der Sitzung.

Karlsruhe, 26. Mai. Der Begründung zu dem in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer vorgelegten Budget für 1866 und 1867 entnehmen wir vorerst Folgendes:

Den Bau neuer Buden zu Baden betr. Von dem im Budget für 1864 und 1865 bewilligten 90,000 fl. kam nur der Betrag von 1698 fl. 51 kr., bestehend in den Honoraren für drei preiswürdig befundene Konkurrenzpläne und den sonstigen, durch die Konkurrenz hervorgerufenen Ausgaben, zur Verwendung.

Keiner der mit Preisen beachteten Pläne entsprach übrigens vollständig. Es wurde deshalb die großh. Bezirks-Bauinspektion in Baden beauftragt, soweit thunlich unter Benützung dieser drei in das Eigenthum des Badfonds übergegangenen Entwürfe, einen neuen Plan zu bearbeiten, in dem zugleich einem weiteren, sehr erheblichen Bedürfnis des Kurorts Rechnung zu tragen war. Es ist dies ein vom Konversationshause ausgehender, unter den Bäumen des Platzes hinührender, mit der benachbarten Trinkhalle verbundener gedeckter Gang, an welchen sich Verkaufsbuden anlehnen, so daß derselbe bei ungünstiger Witterung als Promenade benützt und ein Theil davon mittelst Abschusses zur nöthigen Unterbringung von Pflanzen (Orangebäumen u.) während des Winters verwendet werden kann.

Der hiernach aufgestellte Plan entspricht den gestellten Anforderungen in allen Beziehungen. Die Kosten der Ausführung sind auf 124,000 fl. berechnet.

Der längst beabsichtigte Bau eines neuen Dampfbaades ist auch jetzt wieder nicht vorgezogen. Sollen die heißen Quellen in einer Weise zu Heilzwecken ausgenützt werden, daß dadurch zugleich ein nachhaltig wirkender Anziehungspunkt für den Kurort geschaffen wird, so wäre hiezu ein so großer Aufwand erforderlich, daß alsdann die Mittel zu einer wirksamen Fortführung der schon bestehenden Einrichtungen nach Aufhebung des Spielpachts zu sehr beschränkt würden.

Da es nun ohnehin die Absicht der großh. Regierung ist, die Frage der künftigen Verwaltung des Badfonds nach Aufhebung der Spielbank durch eine spätere besondere Vorlage zu regeln, so wird auch jener Gegenstand füglich bis dahin zu verschleppen sein.

Den Beitrag zu den Kosten einer Kaltwasserleitung für Badenweiler betr. In dem Kurort Badenweiler fehlt es an frischem Trinkwasser. Nachdem die in frühern Jahren zur Beseitigung dieses Mißstandes, welcher bei der steigenden Frequenz des Kurortes immer störender hervortritt, ausgeführten kleinern Herstellungen sich als ungenügend erwiesen, fand man für notwendig, umfassende Untersuchungen darüber vorzunehmen zu lassen, ob und in welcher Weise gründlich abgeholfen werden kann. Nach diesen Untersuchungen findet sich in der nächsten Umgebung von Badenweiler kein brauchbares Wasser in genügender Menge vor. Dagegen liefern die in einer Entfernung von etwa 12,000' auf der Nordseite des Blauen zu Tag tretenden, unter dem Namen „Fischerbrunnen“ bekannten Quellen auch in der trockensten Jahreszeit eine reichliche Menge des vorzüglichsten Trinkwassers. Die mit den Untersuchungen betrauten Techniker haben vorgeschlagen, diese Quellen zu fassen und nach Badenweiler zu leiten.

Genaue Ueberschläge über die Kosten liegen zur Zeit noch nicht vor; nach einer approximativen Berechnung werden dieselben immerhin auf 22,000 fl. bis 23,000 fl. zu stehen kommen.

Die Ausführung des Projekts soll durch die Bewilligung eines Beitrags von 10,000 fl. aus Mitteln des Badfonds ermöglicht werden.

Im ordentlichen Etat sind wie bisher vorgesehen: Für inländische Bädorte (außer Baden) je 22,000 fl., Beitrag zur v. Stulz'schen Waisenanstalt je 2000 fl.; im außerordentlichen Etat: für Verbesserung und Erweiterung des Dampfbaades zu Baden 3840 fl., für den Bau neuer Buden 124,000 fl., für Erweiterung der Wirtschaftsräumlichkeiten auf dem alten Schloß 3283 fl., für Erweiterung der Anlagen zu Badenweiler 2519 fl., Beitrag zu den Kosten der Wasserleitung daselbst 10,000 fl. [siehe oben.]

Karlsruhe, 26. Mai. 16. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch den 30. Mai, Morgens 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget großh. Finanzministeriums für die Jahre 1866 und 1867, erstattet von Artaria.

Karlsruhe, 26. Mai. 43. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 28. Mai, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben.

2) Berathung des Berichts des Abg. Fried über das außerordentliche Budget für 1866 und 1867. Justizministerium, Ministerium des Innern, Finanzministerium und Kriegsministerium. 3) Berathung des Berichts des Abg. Kiefer über die in den Jahren 1866 und 1867 auf das Domainialgrundstoffs-Vermögen zu übernehmenden außerordentlichen Ausgaben. 4) Berathung der Berichte der Zollkommission, und zwar: a) des Abg. Moll über den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Italien; b) des Abg. Tritschler über die provisorischen Gesetze vom 1) 27. Mai 1865, einige Abänderungen des unter dem 3. Mai 1865 verkündeten Vereins-Zolltarifs (Regierungsblatt Nr. 24, Seite 269), 2) vom 15. Juni 1865, den Einfluß der Kreuzlinger Vorstadt nebst dem Paradiese zu Konstanz in den Zollverband (Reg.-Bl. Nr. 29, Seite 319), und 3) vom 22. September 1865, Abänderungen des Zollgesetzes hinsichtlich der Bestimmungen wegen Erhebung von Staats- und Kommunalabgaben von verzollten Gegenständen betreffend (Reg.-Bl. Nr. 47, Seite 607); c) des Abg. Diez über den zwischen dem Zollverein und der freien Hansestadt Bremen wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrsverhältnisse abgeschlossenen Vertrag vom 14. Dezember 1865; d) des Abg. Kopper über: I. den neuen Grundvertrag des Zollvereins vom 16. Mai 1865, II. den Vertrag wegen Fortdauer des Anschlusses des Großherzogthums Luxemburg an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins vom 20./25. Oktober 1865, III. den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Belgien vom 22. Mai 1865, IV. den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Großbritannien vom 30. Mai 1865. 5) Berathung des Berichts des Abg. Heidenreich über den Gesetzentwurf in Betreff der Herabsetzung der Taravergrößerung für Rohzucker und Farin.

### Deutschland.

**Karlsruhe, 25. Mai.** Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 29 enthält (außer Personalnachrichten): Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: 1) Bekanntmachung des großh. Justizministeriums: Die Bitte des Gottlieb Moll von Karlsruhe um Erlaubniß zur Annahme des Familiennamens Seith betreffend. 2) Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern: a) Die Apothekenlizenz des Edmund Eichhorn von Krautheim betr. b) Die Liste der stimmfähigen und wählbaren Grundherren betr. 3) Bekanntmachung des großh. Finanzministeriums: Die Rechnungsnachweisungen über den Vollzug des Budgets für 1862 und 1863, und die Hauptstaatsrechnungen für 1863 und 1864 betr.

**Frankfurt, 25. Mai.** Aus der gestrigen Bundestags-Sitzung theilen wir noch folgende Abstimmungen über den „Damberger“ Antrag mit:

**Bayern:** „Der Gesandte stimmt dem Antrag bei und hat damit die Erklärung zu verbinden, daß die kön. Regierung nicht zögern wird, ihre Armee auf den Friedensfuß zurückzuführen, sobald zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preußen wegen Zurückführung ihrer Streitkräfte auf den Friedensfuß eine Verständigung erzielt sein wird.“

**Württemberg:** „Der Gesandte stimmt dem Antrag zu und kann, in voller Kenntniß der Intentionen seiner allerb. Regierung, sich der von dem kön. bayerischen Gesandten abgegebenen Erklärung anschließen. Zugleich muß er bemerken, daß die kön. Regierung durch die Betheiligung an dem Antrag nur den Beweis ihrer föderativen und patriotischen Gesinnung gegeben hat.“

Ganz ähnlich erklärten sich Großh. Hessen und Nassau, während Hannover seinem Votum die Bemerkung zufügte, daß es keine Rüstungen vorgenommen habe. Kurhessen spricht unter Beugung auf seine Abstimmung am 9. Mai (über den sächsischen Antrag) wiederholt die Hoffnung der Verständigung zwischen den Großmächten aus.

**Oldenburg** gab folgende Erklärung ab: Die großh. Regierung versteht unter demjenigen Bundesgliedere, an welche beantragter Massen die Frage gerichtet werden soll, ob und unter welchen Bedingungen sie bereit seien, eine gleichzeitige Zurückführung ihrer Streitkräfte auf den Friedensfuß anzuordnen, vor allen andern die kais. österreichische und die kön. preussische Regierung. Beide Regierungen gehören aber nur mit einem Theil ihrer Ländergebiete zum Deutschen Bund. Daher werden bundesrechtlich keine Beschlüsse der Bundesversammlung die Wirksamkeit haben können, daß die allerb. Regierungen Oesterreichs und Preußens eine gleichzeitige Zurückführung ihrer Streitkräfte auf den Friedensfuß auch in den zum Deutschen Bund nicht gehörenden Ländern beider Monarchien eintreten lassen. Ganz allein unter dieser Voraussetzung scheint es aber der großh. Regierung möglich, für die so wünschenswerthe Erhaltung des Friedens in Deutschland genügende Bürgschaften zu gewinnen, und sie würde glauben, sich einer bloßen Täuschung hinzugeben, wenn sie die drohende Gefahr eines innern Kriegs als beseitigt ansehen wollte, so lange nicht in dem ganzen Umfang sowohl der österreichischen, wie der preussischen die Rüstungen wieder auf den Friedensfuß zurückgeführt sein werden. Sie kann daher dem Antrag in der vorliegenden Fassung nur mit der Hoffnung zustimmen, daß es den allerb. Regierungen Oesterreichs und Preußens gefallen möge, das an dieselben zu richtende Ersuchen auch auf ihre nicht zum Deutschen Bund gehörigen Gebietsheile zu beziehen.

**Frankfurt, 25. Mai.** Der gestern von Oldenburg beim Bund gestellte Antrag auf Einleitung eines Anstragverfahrens wegen der Oldenburger Ansprüche in Holstein richtet sich wesentlich gegen den gegenwärtigen Besitzer bzw. Administrator Holsteins. Die Motivirung des Antrages ist umfangreich. Sie führt ausdrücklich an, daß Oldenburg gegen beide Großmächte das Vertrauen ausgesprochen, sie würden seine Rechtsansprüche auf Holstein berücksichtigen. Nachdem aber Oesterreich durch die Depesche vom 26. v. M. den Boden des Wiener Vertrages verlassen habe, müsse Oldenburg befürchten, in der Anerkennung seiner Rechte auf politische Hindernisse zu stoßen. Es provozire daher den Rechtsweg. Eine Verwahrung gegen Preußen und dessen Auffassung der Oldenburger Ansprüche liegt in den Motiven nicht vor.

**Aus der bayerischen Pfalz, 24. Mai.** (Sch. M.) Aus München traf die amtliche Anzeige ein, daß König Ludwig I., umbeirrt durch die politischen Wirren, binnen kurzem seine Villa Ludwigshöhe bei Eberbach beziehen werde. — Vom Bahnhof Landau bis zum Dorf Queichheim sind die prachtvollen Reys- und Kornfelder abgemäht worden, um das nöthige Terrain für ein Zeltlager, das 4000 Mann fassen soll, zu gewinnen.

**München, 25. Mai.** (Pfalz. Ztg.) Ein so eben aus Berg eingetroffenes Telegramm meldet, der König werde morgen Nachmittag die Kammern eröffnen. Die Kammer der Abgeordneten hat ihr früheres Direktorium wiedergewählt. Hr. Böhl erhielt 124 Stimmen als erster, Hr. Schlö 131 als zweiter Präsident; Hr. Hirschberger wurde als erster, Hr. Wiedenhofer als zweiter Sekretär gewählt.

**Darmstadt, 25. Mai.** (Zrf. Bl.) Bei Beginn der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer verlas Minister v. Dalwig eine Motivirung der Regierungsanforderung für Mobilmachung der Armeedivision, worin hervorgehoben wird, daß die Regierung eine Parteinahme für eine der deutschen Großmächte in dem obwaltenden Konflikt vorerst fern liege, daß sie aber bei ihren Bemühungen, eine friedliche und ehrenvolle Lösung des Konflikts herbeizuführen, sich zur Neutralität auf die Dauer nicht verpflichten könne; die Grundgesetze des Bundesrechts müßten nach wie vor für die Staltung der Regierung allein maßgebend sein. Leider sei nunmehr die Gefahr für die Einheit und Integrität des Vaterlands so nahe gerückt, daß die volle Anspannung der Wehrkräfte des Landes geboten sei, und hoffe die Regierung von dem Patriotismus der Volksvertreter, daß dieselben sie in ihren bundestreuen Bestrebungen unterstützen werden. Die Proposition wegen Aufbringung der nöthigen Geldmittel sei deshalb nicht früher an die Stände gelangt, weil man gefürchtet habe, daß deren Veröffentlichung den Bemühungen der Regierung für Herbeiführung einer friedlichen Lösung hinderlich werden würde. Aus dem Vortrag des Regierungskommissärs Oberst Schwamer geht hervor, daß die Kosten für Mobilmachung und Erhaltung der Armeedivision auf dem Kriegesfuß während etwa 8 Monaten 4,105,000 fl. betragen, worin jedoch auch die Kosten für Errichtung eines Sanitätskorps einbegriffen sind. Finanzminister v. Schenk macht sodann von der Absicht der Regierung Mitteilung, zur Deckung der genannten Summe die etwa 2 Millionen betragenden Ueberschüsse der Haupt-Staatskasse, ferner die disponibeln Fonds der Staatsschulden-Eiligungskasse, welche dieselbe unbeschadet der Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten entbehren kann, zu verwenden, den Rest aber durch Anleihen zu decken. Die Propositionen gehen an den Ausschuß zu schnelligster Berichterstattung. — Die Abgg. Dumont, R. J. Hoffmann II. und Schulz kündigen eine Interpellation an, welche Aufklärung über das Verhältnis zu Hessen-Nomburg nach dessen Anfall an das Großherthum verlangt.

**Siegen, 24. Mai.** (Fr. Z.) Gestern kamen hier die pommer'schen Husaren Nr. 34, Reserve, auf dem Wege nach Wehlar-Koblenz durch; für morgen sind, sofern die uns zugegangene Mitteilung richtig ist, sämtliche Güterzüge aufgehoben und dafür Militär-Transportzüge angelegt.

**Wiesbaden, 24. Mai.** (Fr. Z.) Die Rüstungen werden stetig fortbetrieben. Nunmehr wird auch die Artillerie sammt Train und Munitionskolonnen in voller Stärke bespannt, zu welchem Zweck der Anlauf von 400 Pferden angeordnet worden ist. Die Garnisonen Weilburg und Diez sind bis auf kleine Detachements für die nothwendigen Wagen geräumt, auch sind die dortigen Magazine von Waffen, Montirungstücken und Kasernirungsgegenständen entleert worden, damit bei einem etwaigen Einmarsch der Preußen diesen nichts in die Hände fällt. Die Truppen, zu welchen viele jüngere Beamten, Subenten und Lehrer eingezogen wurden, sind zwischen hier und Höchst so aufgestellt, daß sie binnen wenigen Stunden den Main überschreiten können. Die Bevölkerung ist in ihrer großen Mehrzahl gegen diese kriegerischen Demonstrationen.

**Vom Niederrhein, 24. Mai.** (Fr. P.-Ztg.) Fortwährend finden Truppenbeförderungen und Dislokationen statt. Das 69. Infanterieregiment, welches, früher in Mainz garnisonirend, seit etwa acht Tagen in Bacharach und der Umgegend gestanden, wird heute und morgen in Koblenz ankommen, jedoch nur kurze Zeit da bleiben und dann nach Wehlar gehen. Der bisherige Kommandeur dieses Regiments, Graf Strachwitz, ist pensionirt worden. Das 39. Regiment, das vorgestern von Koblenz nach Wehlar abgegangen, wird, wie man hört, nach der sächsischen Grenze abgehen. Die Bagagewagen und Munitionskarren des in Mainz stehenden 53. Regiments sind in Bingerbrück angekommen. Zum stellvertretenden kommandirenden General des 8. Armeekorps in General v. Böhl ernannt.

**Dresden, 25. Mai.** (W. L.-B.) Durch Verordnung des Finanzministeriums wird die Ausfuhr von Getreide, Heu und Stroh über die sächsische Zollgrenze bis zum 1. Okt. verboten.

**Kiel, 23. Mai.** Die „Schl.-Höft. Ztg.“ erklärt die Nachricht von Konferenz des Herzogs von Augustenburg mit dem Gouverneur v. Mantuffel für „völlig un begründet“.

**Berlin, 25. Mai.** Man telegraphirt der „Köln. Ztg.“: Die diesseitige Regierung hat in Wien angefragt, ob die österreichische Depesche vom 26. Apr. wegen des Definitivums in den Herzogthümern als Ultimatum zu betrachten sei, oder ob Oesterreich noch Modifikationen seiner Zugeständnisse für zulässig halte. Hierauf ist die Antwort erfolgt, Oesterreich werde jede proponirte Modifikation gewissenhaft prüfen. Der Abgang der französischen Kongress-Depeschen am gestrigen Tage ist telegraphisch aus Paris gemeldet. Die Uebergabe der drei Depeschen wird wahrscheinlich an demselben Tage, also voraussichtlich in den ersten Tagen nächster Woche, stattfinden.

Der Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen, anzeigend, daß sein Sohn, der Prinz Karl zu Hohenzollern, die Krone Rumäniens angenommen, überreichte gleichzeitig dessen Entlassungsgesuch aus dem preussischen Armeeverbande.

**Berlin, 25. Mai.** (W. L.-B.) Die Nachricht der „Morning-Post“, die Mächte würden auf dem Kongress durch ihre auswärtigen Minister vertreten, wird von unterrichteter Seite als verfrüht bezeichnet. Es ist noch nichts darüber beschlossen.

**Karlsbad, 25. Mai.** (A. Z.) Die Erzherzogin Sophie, seit dem 2. Mai zur Kur hier anwesend, ist heute unerwartet schnell nach Wien abgereist.

**Wien, 23. Mai.** Nächsten Samstag rückt das Hauptquartier der „Nordarmee“, mit F. J. M. v. Benedek an der Spitze, von hier nach Olmütz ab. Zur Nordarmee stoßen erst jetzt solche Regimenter in großer Zahl aus Venetien, welche die eigentliche Elite der dortigen Armee bisher gebildet haben. Sie werden insgesammt in Venetien durch die kroatischen Grenzregimenter ersetzt, von welchen, allen Meldungen preussischer Blätter entgegen, bis zur Stunde auch nicht ein einziges noch zur Nordarmee gestoßen ist.

**Wien, 24. Mai.** (Wien. Abendpost.) Sr. Maj. der Kaiser empfing heute Vormittag die Deputation der Stadt Prag zur Ueberreichung einer Loyalitätsadresse in Aubienz und erwiderte die Ansprache des Führers der Deputation, des Hrn. Bürgermeisters Dr. Belsty, mit nachstehenden Worten:

Es thut meinem Herzen wohl, in einer so tiefen Zeit durch Kundgebungen erheitert zu werden, welche den echten treuen Bürgerinn, die warme Liebe zum gemeinsamen Vaterland zu einem begeisterungsvollen Ausdruck bringen. Die Adresse, welche Sie mir eben überreichten, aus welcher die patriotische Hingebung und Opferwilligkeit der treuen Bürgerchaft Meiner königl. Hauptstadt Prag in warmen Worten zu mir spricht — ist eine solche werthvolle Kundgebung, welche ich mit freudiger Genugthuung und mit dem festen Vertrauen auf Prags stets bewährte loyale Ergebenheit für Thron und Reich entgegennehme. Versichern Sie Ihre Mitbürger Meiner vollen kaiserlichen Guld und Gnade.

**Wien, 25. Mai.** (N. Zrf. Ztg.) Morgen wird die formelle Kongress-Einladung erwartet und zwar in Form einer gleichlautenden Depesche der neutralen Mächte an ihre Gesandten; direkte Noten an die betheiligten Regierungen werden nicht erlassen.

### Oesterreichische Monarchie.

**Venedig, 25. Mai.** (A. Z.) Eine amtliche Verordnung verbietet, aus Rücksichten der Bertheidigung, allen Schiffen die Ein- und Ausfuhr im hiesigen Hafen bei Nacht.

### Donaufürstenthümer.

**Bukarest, 23. Mai.** Der Prinz Karl von Hohenzollern hat an die Gesetzgeb. Versammlung folgende Ansprache gehalten:

Von der Nation aus freiem Antrieb zum Fürsten von Rumänien erwählt, habe ich ohne Zaudern meine Heimath und meine Familie verlassen. Ich bin jetzt Rumäne. Die Annahme des Volksbeschlusses legt mir wichtige Pflichten auf, und ich hoffe, sie zu erfüllen. Ich bringe ein aufrichtiges Herz mit, ehrliche Absichten, einen festen Willen, Recht zu thun, ein unbegrenzttes Vertrauen zu meinem neuen Vaterlande, und eine unerfütterliche Achtung vor dem Gesetz. Ich bin bereit, die guten und die bösen Geschicke des Landes zu theilen. Unter uns wird Alles gemeinsam sein. Lassen Sie uns stark werden durch Einmüthigkeit und uns aufschwingen zur Höhe der Ereignisse. Die Vorlesung, die Ihren Erwählten bis jetzt in Schutz genommen und auf dem Wege hieher in dieses Land alle Schwierigkeiten vor ihm geobnet hat, wird ihr Werk nicht unvollendet lassen. Es lebe Rumänien!

**Bukarest, 23. Mai.** Die konstituierende Versammlung ertheilt einstimmig dem Vater des Fürsten Karl I. die große Naturalisation und erklärt, für ihren Souverän schützend und vertheidigend einzutreten zu wollen. — Für die Deputirten, den Klerus und die Mitglieder der Tribunale findet großer Empfang statt.

**Jassy, 23. Mai.** Der Metropolit und die Volkskomitee-Mitglieder wurden so eben in Freiheit gesetzt. Ein feierliches Lebeum wurde abgehalten.

### Italien.

**Florenz, 23. Mai.** Man schreibt dem „Journ. des Deb.“: „Die Lage läßt sich kurz in den Worten zusammenfassen: Man spricht vom Kongress und rüstet sich zum Krieg.“ Innerlich glaubt Niemand an den Kongress und sieht die Unterhandlungen nicht als ernstlich, ja sogar kaum als aufrichtig gemeint an. Der in dem preussisch-italienischen Vertrag für den Beginn der Feindseligkeiten anberaumte Zeitpunkt ist der 28. Mai, doch kann der Termin auch mit beiderseitiger Zustimmung verlängert werden. Doch scheint man immer noch zum baldigen Vorschlagen entschlossen zu sein. Die diplomatische Verschlepperei benimmt den Leuten die letzte Geduld.“

**Florenz, 25. Mai.** Es wird versichert, die italienische Regierung mache ihre Zustimmung zum Kongress nicht von den Umschreibungen (periphrases) des Einlabungsartikels abhängig, da gewiß sei, daß die neutralen Mächte keine andere als die in der Abtretung Venetiens bestehende friedliche Lösung der zwischen Italien und Oesterreich schwebenden Streitfrage im Auge haben könnten. — Die Handelskammer in Florenz, Turin und Mailand haben Adressen gegen die Rentenbesteuerung an den Senat gerichtet.

**Florenz, 25. Mai.** (W. L.-B.) Da die Bataillone der Freiwilligen vollzählig sind, so suspendirt der Kriegsminister die Einziehungen vom 26. Mai ab, mit dem Vorbehalt, dieselben im Fall des Bedürfnisses wieder zu eröffnen. — In Neapel ist ein reaktionäres Komitee zur Verleitung der Sol-



